

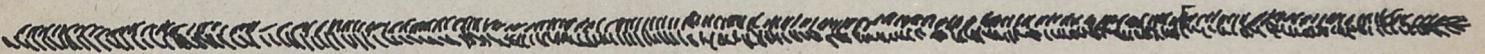
ASTA

Zeitung

14.12.1987

Nr. 13

Herausgegeben von der Studentenschaft der THD



● Diskussion mit Bommi Baumann



Linke Bildungspolitik in der Defensive

Entsorgung der Geschichte

TROTZ ALLEM WÜNSCHEN WIR EUCH EIN SCHÖNES WEIHNACHTSFEST
UND EIN SCHÖNES NEUES JAHR (RUTSCHT NICHT ZU TIEF)!!!!!!

Termine

MO. 14. 12.

- Köhlertsaal : Film: "Heinrich Böll"
18.30
- Raum 46/334 : FS FB 2: Quotierung? Frauen
(Schloß) im Wissenschaftsbetrieb,
18.h mit Brigitte Emig
- Schloßkeller : Frauendisco
20.30

DI. 15. 12.

- Steinbruchth. : Nazareth
Mühlthal
20.30

MI. 16. 12.

- khg- Nieder- : Nah-Ost-Reisebericht
Ramstädter.-30b
20.15
- Architektur- : Vorstellung von Arbeiten:
hörsaal, 18.h Formalthaut, Frankfurt
- Schloßkeller : Film: "40m² Deutschland"
20.30
- Jagdhofkeller : Mr. Jellys Jazzband
20.30

DO. 17. 12.

- Audi-Max : Stud. Filmkr.: "Daheim
20.h sterben die Leut"

FR. 18. 12.

- Schloßkeller : The Jinx, Underground Rock
20.30
- Goldene Krone : Sioux, Jazz-Rock
21.30 (auch Sa. 19. 12)
- Halb-Neun-Th. : Stachelbären (Kabarett)
20.30

SA. 19. 12.

- Stiftskirche : Weihnachtskonzert von Chor
19.30 und Orchester der THD
- Schloßkeller : Paramaschivan-Indische
20.30 Musik
- Jagdhofkeller : Frankfurt City Blues Band
20.30

MO. 21. 12.

- Schloßkeller : Fest des Ausländerausschuß
20.30
- Goldene Krone : Hannes Bauer und Orchester
21.30

DO. 24. 12.

- Steinbruchth. : Rickey and the frog
Mühlthal, 20.30
- Goldene Krone : AFN, dance music
21.30

FR. 25. 12.

- Jagdhofkeller : NC Brown Band
20.30

SA. 26. 12.

- Jagdhofkeller : Sanfte Liebe, Rock
20.30

SO. 27. 12.

- Jagdhofkeller : EDV (Ende der Vernunft)
20.30 - Rock-Wave-

DO. 31. 12.

- Jagdhofkeller : Sylvester Salsa
20.30
- Goldene Krone : Ei die Claire, Rythm and
21.30 Blues

und nächstes Jahr

SA. 9. 1. 88

- Bessunger Kna- : Benefizkonzert der
benschule, 17.h Bunten Hilfe : The
B-Call, Chapeau Claque,
Videos.

MO. 11. 1. 88

- Raum 46/334 : FS FB 2 Die Hochschule in
(Schloß) der Wirtschaftsgesellschaft
18.h

W I L
A S O
S N S
↓ S

INHALT

Seite 2:

Veranstaltungskalender

Seite 3:

Briefe

Seite 4:

Entsorgung der Geschichte
(zum Historikerstreit)

Seite 5:

Kurze Meldungen

Seite 6:

Umweltschutz im StuWe

Seite 6:

Etikettenschwindel beim
Haushalt

Seite 7:

Gewerbliche Referate
(AStA-Laden)

Seite 8:

Bommi Baumann im
Schloßkeller

Seite 9:

Linke Bildungspolitik
in der Defensive

Impressum:

Redaktion und V.i.S.d.P.
AStA der THD. Auflage 1250 Ex.
Erscheint alle 14 Tage während
des Semesters.
Die AStA Zeitung ist Mitgl. d.
Jungen Presse Hessen. Namentlich
nicht gekennzeichnete Artikel
geben die Meinung der Redaktion
wieder.
Druck: AStA-Druckerei

LeserInnenbriefe

Leserbrief zum Artikel "Die Bombe bauen", Asta-Zeitung vom 16. 11.87

"Ein Projektil der Anfangsgeschwindigkeit v_0 soll nach dem Eindringen in einen Werkstoff der Dicke d innerhalb einer Strecke $d/2$ auf die Geschwindigkeit $v_0/2$ abgebremst werden. Es stehen zwei Werkstoffe zur Verfügung, die eine unterschiedliche Bremsbeschleunigung bewirken, wobei Material 2 fünfmal so teuer ist wie Material 1. Welchen Werkstoff würden Sie auswählen?"

So lautet eine Aufgabe, die Maschinenbaustudenten im Fach Technische Mechanik bei den Professoren Hagedorn und Hauger zu lösen haben.

"Uns wird beigebracht, alles rein technisch zu sehen und nichts zu problematisieren, gesellschaftspolitisch oder in den Auswirkungen."

So meint Ingenieur C. in der Asta-Zeitung.

Was bedeutet das konkret? Heißt das nicht: Im Krieg zwischen Iran und Irak werden täglich Menschen abgeschlachtet mit Waffen, die deutsche Ingenieure entwickeln und herstellen? Sind das nicht Waffen aus Fabriken, die deutsche Ingenieure in aller Welt aufbauen?

Deutschen Ingenieuren wird bereits an der Hochschule beigebracht, nichts zu problematisieren, wie auch:

Sogar im Personal- und Studienplanverzeichnis der THD 1987-88 steht doch schwarz auf weiß, daß Rüstungsforschung eine ganz normale Sache ist.

Unsere Gesellschaft ist schon soweit militarisiert, daß Kunststofftechnik oder Verfahrenstechnik in einem Atemzug genannt werden wie Wehrtechnik.

Jeder arglose Sucher einer Telefonnummer sieht, daß das Bild eines Panzers genauso selbstverständlich ist wie das einer Turbine.

Nachzulesen ist dies auf den Seiten 406, 444 und 456.

Also bloß nichts problematisieren, denn Kunststofftechnik ermöglicht Prothesen, und mit einer Turbine wurde noch niemand erschossen.

Joachim Simon
Maschinenbaustudent
Erbacherstr. 98
6100 Darmstadt

Betr.: Der Schreibstil in studentischen Mitteilungen

In den zuletzt veröffentlichten Artikeln der Asta-Zeitung und auch in allgemein erhältlichen Flugblättern macht sich ein Schreibstil breit, der mir zu denken gibt. Gemeint ist die stete Einbeziehung der weiblichen Form in Subjekt/Objekt eines Satzes (z.B. man/frau oder StudentInnen usw.). In der Asta-Zeitung Nr. 12 behauptet der Autor (oder die Autorin?) des Artikels "FRAUENQUOTE IM KARLSHOF" sogar, ein Weglassen der weiblichen Form bedeutet einen Ausschluß des Frauenanteils aus dem behandelten Subjekt. Dies kann ich nicht so hinnehmen.

Das Wörtchen "man" ist nämlich nichts weiter als eine Abkürzung des Wortes "Mensch". Dies ergibt sich aus dem einen "n" in "man". Würde "man" sich nur auf Männer beziehen, so müßte "mann" geschrieben werden. Die Form "man/frau" bedeutet also "Menschen und Frauen", was darauf schließen läßt, daß Frauen keine Menschen sind. Deswegen ist die Form "man/frau" meiner Meinung nach gefährlich; denn wie soll die Gleichberechtigung der Geschlechter vor sich gehen, wenn Frauen nicht als Menschen anerkannt werden?

Gleiches gilt für andere Substantive, die zugleich Eigenschaften umschreiben (z.B. Student, Referent usw.). Damit werden nämlich Menschen beschrieben; und in der deutschen Sprache heißt es nun mal nicht die oder das Mensch, sondern der Mensch. Mit dieser Konvention muß man sich entweder abfinden, oder man muß ein neues Wort (am Besten eines mit dem Artikel "das") schaffen, welches die gleiche Definition wie "Mensch" erhält. Jedoch ist dieser Weg praktisch nicht durchführbar, da die Vergangenheit gezeigt hat, daß neue Wortkreationen für fest eingefahrene Begriffe sich im allgemeinen Sprachgebrauch nicht durchsetzen können.

Deswegen appelliere ich an alle Menschen, die die deutsche Sprache gebrauchen:

Lernt es, sie richtig zu interpretieren, bevor ihr ungewollt Bevölkerungsgruppen diffamiert.

Darmstadt, 1.12.1987
Patrick Hollstein

ANTWORT:

Als Redakteurin der Asta-Zeitung und Autorin des angesprochenen Artikels möchte ich gerne auf diesen Leserbrief antworten:

Der Mensch ist leider immer noch männlich. Mensch ist eine Wortkreation, die aus dem patriarchalen Sprachgebrauch der vergangenen Jahrhunderte entstand. Wenn Mensch gesagt wurde, war Mann gemeint. Daher sollten bei Publikationen, die beide Geschlechter betreffen, auch beide Geschlechter angesprochen werden. Natürlich gibt es auch Schriften, die nur Frauen ansprechen, so daß es dort genügt nur die weibliche Form zu verwenden. Da aber das Wörtchen "man" nun einmal zum

allgemeinen Sprachgebrauch gehört und dessen Entstehungsgeschichte meist auch nicht hinterfragt wird, sollte dieses Thema zu keiner großen Auseinandersetzung führen. Für interessierte LeserInnen empfehle ich die Lektüre der Arbeiten von Luise F. Pusch, einer Sprachwissenschaftlerin aus Konstanz, die im übrigen auch an der THD schon Vorträge zu diesem Thema gehalten hat.

Doch nun weiter im Leserbrief. Hier bin ich als Verfechterin des Gebrauchs der weiblichen Form sowohl in schriftlichen Publikationen als auch in mündlichen Äußerungen doch schwer betroffen. Dies ist auch der Grund warum ich den Artikel "Frauenquote im Karlsruh" geschrieben habe. Ich will diese Schreibweise, und warum ich sie für notwendig halte, nur mit einem Satz begründen:

Ich und viele andere Frauen, die ich kenne, wollen als Frauen, als gebärfähige Wesen, im Unterschied zu Männern, anerkannt werden und nicht als Alibi-Frauen, die sich in der patriarchalen Gesellschaft durchgesetzt haben und von einigen wenigen Männern als gleichwertig angesehen werden (gleichwertig würde bedeuten, daß wir wie Männer anerkannt würden).

Weiter im Text ist von "Substantiven, die zugleich Eigenschaften beschreiben" die Rede. So etwas gibt es in diesem Zusammenhang nicht; die aufgezählten Beispiele treffen jedenfalls nicht zu. Hierzu will ich einen Fall schildern der sich tatsächlich zugetragen hat:

Frau Rita Süßmuth, die Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, sollte eine Gesetzestext unterschreiben, der folgendermaßen begann:

"Wenn der Arzt im Praktikum schwanger wird..."

Noch Fragen?

Silvia Diehl



Entsorgung der Geschichte

Was vor Jahresfrist in den Spalten der liberalen und weniger liberalen Presse von FAZ über Zeit zu FR und links für einige Aufregung sorgte, ist inzwischen auch an diese Hochschule gedrungen: der Historikerstreit.

Zwei seiner Exponenten hielten in den vergangenen Wochen Vorträge über "Die Last mit der Geschichte": Eberhard Jäckel und Ernst Nolte.

Zunächst: Worum geht es bei diesem Historikerstreit?

Vordergründig darum, welche Bedeutung die Zeit des Faschismus für uns heute hat. Wie sollen wir uns mehr als vierzig Jahre nach der Niederlage des Hitler-Faschismus angemessen mit jener Zeit befassen?

Diese Diskussion durchzog die Geschichte der BRD von Anfang an. Bis zur Wende von 1982 schien sich die Auffassung durchgesetzt zu haben, es dürfe keinen Schlußstrich geben, wir müßten uns weiterhin die Verbrechen des Nationalsozialismus vergegenwärtigen.

Nach der Wende wurde diese Position öffentlich in Zweifel gezogen. Die Diskussion über den Besuch Reagans an den SS-Gräbern in Bitburg und die Auseinandersetzung über das historische Museum in Westberlin, waren die ersten Anzeichen. Reaktionäre Politiker wie Strauß und Dregger forderten, man müsse "aus dem Schatten der Geschichte heraustreten", ihr "Mißbrauch mache zukunftsunfähig".

Diese Aussagen zeigen, worum es eigentlich geht. Wirtschaftswunder und Massenkonsum sicherten in den ersten Jahrzehnten nach Gründung der BRD die Massenzustimmung zu den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen. Inzwischen ist sowohl aus ökonomischen als auch aus ökologischen Gründen dieses Identifikationsmuster mit dem Staat BRD brüchig geworden. Folglich muß ein neues (altes) Ideal her, für das das Volk bereit ist, Opfer zu bringen: der Nationalstolz.

Eine Altlast stand den Propagandisten des neuen Nationalbewußtseins dann doch noch im Wege, die noch entsorgt werden mußte, die Erinnerung an zwölf Jahre Faschismus.

So formulierte Kanzler Kohls Redenschreiber Michael Stürmer dann auch: "In einem geschichtslosen Land gewinnt derjenige die Zukunft, der die Erinnerung füllt, die Begriffe prägt und die Vergangenheit deutet."

Ganz in diesem Sinne argumentierten 1986 konservative Ideologen, die Untaten der Nationalsozialisten wären in der Geschichte keineswegs einmalig (allenfalls der "technische Vorgang" der Vergasung), Vorbild des Faschismus wäre der sowjetische Kommunismus. Rhetorisch fragte Ernst Nolte am 6.6.86 in der großbürgerlichen FAZ: "Vollbrachten die Nationalsozialisten, vollbrachte Hitler eine "asiatische" Tat vielleicht nur deshalb, weil sie sich und ihresgleichen als potentielle oder wirkliche Opfer einer "asiatischen" Tat betrachteten? War nicht der "Archipel GULag" ursprünglicher als Auschwitz? War nicht der Klassenmord der Bolschewiki das logische und faktische Prius des "Rassenmordes" der Nationalsozialisten?"

Darüberhinaus behaupteten die konservativen Historikerstreiter, die Beschäftigung mit dem Faschismus hindere das deutsche Volk, seinen wahren Feind zu erkennen und zu bekämpfen - den sowjetischen Kommunismus.

So feierte die Totalitarismustheorie aus Zeiten des kalten Krieges eine späte Wiederauferstehung. Eberhard Jäckel wies am 4.12. in Darmstadt auf die Funktion dieser reaktionären Faschismusinterpretation hin: Mit dieser Theorie sei der Kommunismus als ursprüngliches Übel gekennzeichnet worden, der Faschismus sei eine, wenn auch entartete, aber doch legitime Form der Gegenwehr gewesen.

Innenpolitisch ermöglichte die Totalitarismustheorie nach Gründung der BRD einerseits die Integration der alten Nazis in den Herrschaftsapparat des neu entstandenen Staates, andererseits die organisatorische Zerschlagung der KPD. Nach außen diente die Totalitarismustheorie der Eingliederung in die NATO mit dem klaren Feindbild Sowjetunion. Eine Auseinandersetzung über die Ursachen des Faschismus wurde so verhindert.

Im weiteren Verlauf seines Vortrages in Darmstadt stellte Jäckel der konservativen Position seine eigene entgegen: Gerade die Beschäftigung mit dem Faschismus befähige uns heute dazu, Errungenschaften und Werte eines gegenwärtigen Staates kritisch zu bewerten und so unter Umständen auch zu einem positiven Staatsverständnis zu gelangen. In diesem Zusammenhang erwähnte Jäckel den durch die Rechtsordnung des Grundgesetzes gewährleisteten Pluralismus.

Gerade jenes "einigermaßen verbindliche Geschichtsbild", das die Konservativen durchzusetzen versuchten, widerspreche diesem Pluralismus zutiefst.

So sehr man Jäckel in seinen Anstrengungen unterstützen muß, das Geschichtsbild der Wendeideologen anzugreifen, so muß man doch feststellen, daß sowohl die liberale Position Jäckels als auch die reaktionäre Position Noltes, dem selben Ziel dienen, die Zustimmung für die gesellschaftlichen Verhältnisse in diesem Staat zu festigen.

Jäckels Ansatzpunkt ist durchgehend das "Sollen" dieses Staates. Die konkrete gesellschaftliche Realität kann er daher weitgehend ignorieren. Professor Azzola wies in der anschließenden Diskussion am Beispiel des Staatsbürgerrechtes darauf hin, daß eine weitgehende Kontinuität zwischen den Normen des faschistischen Staates und der BRD bestehe.

Seine idealistische Position enthebt Jäckel auch des Problems, davon zu sprechen, wer Hitler an die Macht brachte, und in wessen Auftrag und Interesse er sie ausübte. Bezeichnend für Jäckels Anschauungen ist es, daß er mit Vorliebe von der "Hitler-Zeit" zur Kennzeichnung des Faschismus spricht. Als ob Hitler als gleichsam gottgegebenes Unglück über die Deutschen gekommen sei!

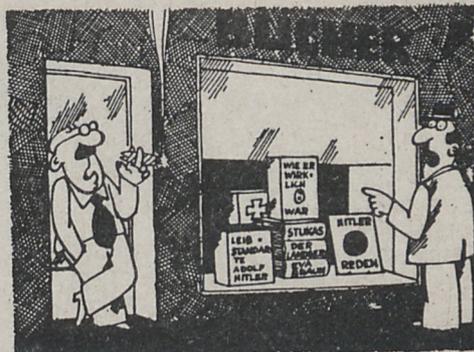
Die triviale Erkenntnis, daß wer vom Faschismus rede, vom Kapitalismus nicht schweigen dürfe, scheint inzwischen weithin vergessen worden zu sein.

Wer sich eingehender mit dem Historikerstreit befassen möchte, der/dem sei die Broschüre "Geschichte und Identität", herausgegeben vom AstA-Linke Liste Universität Ffm., empfohlen. (Erhältlich im AstA-Büro)

Alle Zitate dieses Artikels sind dieser Broschüre entnommen.

Zu guter Letzt noch ein Filmtipp: "Der gewöhnliche Faschismus" von Michail Romm am 18.1. um 18.30h im Köhler-Saal.

Johannes Rath



Ach was, die einzige Gefahr, die ich in der Naziwelle sehe, ist die, daß sie mal aufhören könnte.

Kurze Meldungen

Weihnachtskonzert

Chor und Orchester der Technischen Hochschule Darmstadt geben am 19.12.87 um 19.30 Uhr in der Stiftskirche Darmstadt (Erbacher- Ecke Stiftstraße) ein Weihnachtskonzert. Auf dem Programm stehen Kantaten von Dietrich Buxtehude - "Magnificat anima mae", "Herzlich Lieb" und "in dulci júbilo" - sowie Chorgesänge a capella von Hugo Distler. Die Leitung hat Peter Küntzel. Der Eintritt ist frei.

StuPa-Sitzung

Die nächste Stupa-Sitzung ist am Di. 15.12. um 20 Uhr. Die Sitzung ist im Raum 11/123 und wie immer öffentlich. Interessierte Studentinnen und Studenten sind herzlich eingeladen. Auf der Tagesordnung steht u.a. der Studentenschaftshaushalt, außerdem wird ein neuer AstA gewählt.

Umweltschutz im StuWe

Am Freitag den 4.12. fand die Sitzung des Vorstandes des Studentenwerks statt. Der Vorstand ist oberstes Organ des Studentenwerkes und fällt alle wichtigen Entscheidungen.

Zwei Punkte aus dem Bereich des Umweltschutzes standen auf der Tagesordnung:

1. Verwendung von Recyclingpapier und
2. Abfallvermeidung in den Mensen und Cafeterien

Beschlossen wurde, daß das Studentenwerk und die angeschlossenen Stellen (z.B. Bafög-Amt) in Zukunft verstärkt Umweltschutz- bzw. Recyclingpapier in ihrem Geschäftsbereich verwenden sollen.

Auf Antrag des AStAs und der studentischen Vertreter im Vorstand wird auch einer der beiden Kopierer in der Mensa-Innenstadt auf Recyclingpapier umgestellt. Der zweite wird leider immer noch mit weißem Papier betrieben werden. Sollte sich aber im Vergleich der Nutzungen ergeben, daß der mit Recyclingpapier intensiver genutzt wird, besteht die Hoffnung, daß auch der andere umgestellt wird.

Also benutzt den mit Recyclingpapier!!!!

Auf der vorletzten StuWe-Vorstands-Sitzung im Mai wurde ein Antrag vom AStA und den studentischen Vertretern zur Abfallvermeidung in den Verpflegungsbetrieben eingebracht.

In diesem wurden von uns verschiedene Maßnahmen zur Abfallvermeidung und zum Recycling gefordert.

Der erste Teilbereich unseres Antrages wurde nun beantwortet. Daraus ergaben sich einige Aufträge an den Geschäftsführer, die in der nächsten Zeit durchgeführt werden sollen.

So sollen die Plastik-Trinkbecher an den Zapfanlagen für Kaltgetränke durch Gläser aus Starkglas ersetzt werden. Einweg-Dosen sollen aus dem Angebot verschwinden und durch Mehrwegglasflaschen ersetzt werden.

Milch-Getränke im Tetra-Pak sollen, wenn die Molkerei mitspielt, durch Spend-Automaten ersetzt werden. Die Mitnahmemöglichkeit soll aber weiterhin gewährleistet bleiben. Hier soll zumindest auf recyclingfähige Glasverpackungen umgestellt werden.

Einwegflaschen für Trauben- und Orangensaft sollen durch Mehrwegflaschen ersetzt werden.

Dies klingt alles, wenn man/frau dies so hört, sicherlich sehr gut, es wird, bis all diese Maßnahmen durchgeführt sind, aber wohl noch einige Zeit dauern.

Es gibt nämlich noch verschiedene Hemmnisse, die erst noch überwunden werden müssen. Dazu zählen die geringe Lagerkapazität, die in der Mensa Innenstadt vorhanden ist. Mehrweggläser und -flaschen brauchen mehr Raum als Einweglosen und -becher. Auch muß die Arbeitsorganisation umgestellt werden (Pfandrücknahme). Teilweise müssen auch neue Lieferfirmen gefunden werden und neue Spülmaschinen angeschafft werden.

Diese Hemmnisse sind aus dem Weg zu räumen und dies baldmöglichst.

Die Beschlüsse des Vorstandes des Studentenwerks sind ein erster Schritt in Richtung Abfallvermeidung.

Wenn sie konsequent durchgeführt werden, wird das Studentenwerk seiner Vorbildfunktion als öffentliche Einrichtung sicher gerecht.

Wolf-Achim Bast (WAB)

Etikettenschwindel beim Haushalt

Minister Gerhard betreibt im Haushalt Etikettenschwindel

Gerhard, der hessische Minister für Wissenschaft und Kunst, will nach eigenen Aussagen die Universitäten durch bessere Sach- und Personalausstattung in die Lage versetzen, ihre spezifischen Probleme autonom vor Ort zu lösen.

Zu diesem Zweck will er den Haushaltsansatz für die Universitäten wesentlich höher ansetzen als dies in den vergange-

nen Jahren der Fall war. Da aber die tatsächlichen Ausgaben der Hochschulen den Etat regelmäßig überschreiten, reduziert sich z.B. die Erhöhung der Mittel für die studentischen Hilfskräfte von den angekündigten 1.2 Millionen DM auf eine tatsächliche Steigerung (gegenüber dem Haushaltsansatz von 1986) von nur etwa 300 000,- DM, und dies bei einem Gesamtvolumen von 2.2 Milliarden DM. Wesentlich deutlicher sind dagegen die Steigerungen der Mittel für solch pre-

stige-trächtige Objekte wie Materialforschung und Biotechnologie. Diese Forschungsgebiete werden von Seiten des Landes über die Schwerpunktförderung finanziert. Dieser Titel ist gegenüber 1986 von 5 auf 15 Millionen DM gestiegen. Zusätzlich werden diesen Schwerpunkten noch in erheblichem Umfang Planstellen zur Verfügung gestellt.

Auch die Zuschüsse an die DFG oder an Großforschungseinrichtungen sind seit 1986 um jeweils etwa 10% gestiegen. Auch die von Gerhard besonders stolz präsentierte Erhöhung der Zuschüsse an die Studentenwerke des Landes für deren laufende Ausgaben wird durch Kürzungen im Bereich des Wohnungsbaus wieder ad absurdum geführt. Ich denke daß fast alle, die diesen Artikel lesen, wissen wie schwer es ist, in Darmstadt eine Wohnung zu bekommen, die nicht überteuert ist. In den anderen Universitätsstädten des Landes ist die Lage für Wohnungssuchende nicht besser.

Zu guter Letzt wird auch noch die versprochene Erhöhung der Mittel für Frauenforschung nicht realisiert, die Friedensforschung an den Hochschulen ganz gestrichen, geschweige denn, daß für alle Hochschulen die finanziellen Mittel zur Einstellung von Frauenbeauftragten zur Verfügung gestellt würden. Die drei letztgenannten Punkte sollen nach Meinung des Ministers von den Hochschulen selber finanziert werden, und zwar mit Hilfe der schon oben angesprochenen 1.2 Millionen DM für studentische Hilfskräfte!

Zusammen mit der drastischen Kürzung des Haushaltsansatzes beim HAFöG und mit der Aufrechterhaltung der Studiengebühren, die Gerhard selbst als unwirksam und unsozial bezeichnet, kann keinesfalls von einem sozial ausgeglichenen Haushalt die Rede sein.

Diesem Artikel liegt eine Presseerklärung der Landes-ASTen-Konferenz (LAK) zugrunde.

Silvia Diehl und Georg Mehlhart

Die gewerblichen Referate des AStA

Wilfried Schiebeling

Teil 2: Papier Laden

Der AStA betreibt in der Mensa Stadtmitte - gleich neben dem Mensamarkenverkauf - einen Schreibwarenladen. Dort arbeiten 5 StudentInnen im Kollektiv, d.h. sie organisieren den Laden selbst (Preisgestaltung, Einkauf). Natürlich werden sie vom AStA unterstützt, ihm sind sie rechenschaftspflichtig und bei ihm wird gebucht.

Die Vorteile des AStA-Papier-Ladens für die StudentInnen sind, abgesehen von der zentralen Lage direkt in der TH:

- das mit den Fachschaften abgestimmte Angebot
- die an die untersten ortsüblichen angelehnten Preise (der Laden muß keinen Gewinn abwerfen)
- die Möglichkeit, Bücher in Kommission zu (ver)kaufen.

Es gibt regelmäßig Sonderangebote (siehe Aushänge).

Öffnungszeiten: mo-fr 10-14 Uhr (in den Ferien geschlossen).

Die Tabelle:

	Einnahmen	Gewinn/Verlust
1984	48201,22	-6539,81 DM
1985	64985,48	+1258,55 DM
1986	68324,08	+10333,93 DM

Die Finanzlage:

Der AStA-Laden arbeitet nach kleineren Startschwierigkeiten zumindest kostendeckend. Erzielte Gewinne (siehe Tabelle) werden im folgenden Jahr als Preisnachlässe an die StudentInnen weitergegeben. Seit Bestehen bis zum 31.12.86 hat der Laden ein Plus von 870,03 DM erwirtschaftet.

Ausblick:

Der AStA plant, im Herbst 1988 den Schreibwarenladen auf der Lichtwiese (zur Zeit privat betrieben) zu übernehmen. Dann können dort auch entspr. dem Laden Stadtmitte, die Öffnungszeiten verlängert, das Angebot verbessert und die Preise gesenkt werden.

Die Einnahmen/Ausgaben 1986:

Erträge	
Warenerlös	66846,01 DM
Kommissionsgeb.	1165,29 DM
Kapitalertrag	312,78 DM
sonst.	399,00 DM
Ausgaben	
Wareneinsatz	39012,42 DM
Personalkosten	17223,49 DM
Büro+Tel.	855,36 DM
Abschreibungen	401,00 DM
Reparaturen	77,50 DM
Kapitalaufwand	712,31 DM
sonst.	107,07 DM
Jahresüberschub	10333,93 DM

Diskussion mit Bommi Baumann

Johannes Rath

Am 1.12. berichtete Michael "Bommi" Baumann, ehemaliges Mitglied der "Bewegung 2.Juni", im Schloßkeller auf einer Veranstaltung des AStA, des Georg-Büchner-Buchladens und des Schloßkellers über die Anfänge des bewaffneten Kampfes in der BRD und in Westberlin.

Die "Bewegung 2.Juni" verstand sich als Teil des weltweiten anti-imperialistischen Befreiungskampfes. Darüber hinaus wurde versucht, in Westberlin mit Bombenanschlägen Massenaktionen (z.B. gegen Fahrpreiserhöhungen in öffentlichen Verkehrsmitteln) zu unterstützen und zu radikalisieren. Trotz der Bedingungen der Illegalität weiterhin den Kontakt zu Basisgruppen in Betrieben und Stadtteilen zu halten war eines der Ziele des "2.Juni".

Für Bommi Baumann und seine Genossen erweist sich im Verlauf des bewaffneten Kampfes die Aufrechterhaltung dieser Verbindungen als immer schwerer. Als es selbst innerhalb der Guerilla für Bommi unmöglich geworden war, über neue Erfahrungen zu diskutieren, entschloß er sich, nicht mehr an Aktionen des "2. Juni" teilzunehmen.

Bis zu seiner Festnahme 1980 in London lebt Bommi unerkannt von der Polizei in verschiedenen Ländern. Nach seiner Auslieferung an die BRD wird er zu einer über fünfjährigen Haftstrafe verurteilt.

Im weiteren Verlauf der Veranstaltung ging Bommi Baumann auf die Amnestiedebatte und die Haftbedingungen der politischen Gefangenen ein. Er sprach sich dafür aus, die Diskussion nicht über die Köpfe der Gefangenen hinweg zu führen. Christian Klar habe sich bisher noch nicht zu diesem Thema geäußert.

Bommi Baumann wandte sich dagegen, die Gefangenen in zwei Gruppen zu spalten: die einen, die heute den bewaffneten Kampf ablehnen und deshalb freizulassen seien, und die anderen, die sich immer noch zur RAF bekennen und daher auch weiterhin im Knast festzuhalten seien.

Den Bau und die Einrichtung weiterer
Hochsicherheitstrakte in den



Gefängnissen (wie z.B. in Weiterstadt) kennzeichnete Bommi Baumann als Klassenkampf von oben. So reagiere der Staat vorbeugend auf die zu erwartende Verschärfung sozialer Auseinandersetzungen.

Bommi Baumann setzte sich entschieden für die Abschaffung der Hochsicherheitstrakte ein. Dort würden nicht nur politische Gefangene eingesperrt, sondern zunehmend auch soziale Gefangene. In naher Zukunft würden Hochsicherheitstrakte so zur Normalität des Gefängnisalltages, von der alle betroffen seien.

Um eine Vorstellung der Haftbedingungen zu vermitteln, dokumentieren wir Auszüge eines Briefes, den Barbara Ernst, Gefangene aus der RAF, geschrieben hat:

"Seit dem 29.7.87. hocke ich in einer fast leeren Zelle. Sie haben von den sowieso nur noch ganz wenigen Sachen, die ich bis dahin noch hier hatte, noch rausgeholt und zur "Habe" gepackt; alle Verlagsverzeichnisse, fast alle Broschüren, Fotos - und da genau die, die ich von den Angehörigen hatte, was ja ein Ausdruck davon ist, wie Solidarität und Lebendigkeit sie dabei trifft, und sie mir den sinnlichen Eindruck durch die Fotos entziehn, fast alle Klamotten, so daß ich mich nach der

Gymnastik nichtmal mehr umziehen kann, fast alle Postkarten und Briefe, auch die Durchschläge von den Briefen, die ich geschrieben hab; und ankommende neue Post krieg ich überhaupt nur noch, wenn ich von den wenigen Briefen und Karten, die ich jetzt noch hab, die gleiche Anzahl Briefe und Karten rausgeb wie neue Post ankommt. Also der Zweck von diesen Maßnahmen ist ja offen, um jedes Arbeiten und Diskussion

unmöglich zu machen, und die Isolation und Abschottung nochmal zu verschärfen. Damit ist z.B. jeder Diskussionsprozeß zerstört, weil ich mich auf vor einiger Zeit Geschriebenes nicht mehr beziehen kann, und den Prozeß der Auseinandersetzung der letzten Jahre nicht mehr nachlesen kann, um daran weiterzudiskutiere. Sie wollen uns als politisch handelnde Subjekte ausschalten."

Linke Bildungspolitik in der Defensive

Jochen Wendeler

Lange Zeit waren die Bildungsreformen, symbolisiert durch die Einführung von Gesamtschulen und Gesamthochschulen, das Feld, in dem sozialdemokratische Reformen am klarsten Konturen zeigten. Aber spätestens seitdem nun auch in Hessen die CDU regiert, ist die Zeit der Rückschritte gekommen. Die konservative Bildungspolitik reduziert die Schulen immer mehr auf das Vermitteln von Faktenwissen. Die Hochschulen verkommen zu reinen Ausleseinstrumenten. Was später im Berufsleben gebraucht wird, bringt die Industrie ihren Wissenschaftlern und Ingenieuren schon selbst bei, nur belastbar und



möglichst kritiklos müssen die Hochschulabgänger sein. Langfristig können nur noch "Eliten" darauf hoffen, in den CDU-Universitäten wirklich umfassend gebildet zu werden. Festmachen tun sich die "Deformen" in der Schule am Zurückdrängen der Förderstufe, am Einschränken der Wahlmöglichkeiten in der Oberstufe und am weiteren Abwerten der Abschlüsse von Haupt- und Realschulen. An den Hochschulen wirken sich konservative Be-

druck durch Zwischenprüfungen und gestraffte Studienzeiten und durch den steigenden Einfluß der Wirtschaft auf Forschungs- und Lehrinhalte aus.

Gegen all diese Rückschritte regt sich bei Schülerinnen und Schülern und bei Studierenden noch ein gewisser Widerstand. Im den Parlamenten und gerade auch in der SPD ist von wirklicher Gegenwehr aber nichts zu spüren. Und das, obwohl die SPD ihren Bildungsreformanspruch noch betont, als von vielen anderen Reformideen der sozialdemokratischen Regierungen nicht mehr viel zu hören war. Und daß die Bildungspolitik wichtig ist und durchaus gleichberechtigt, wenn auch nicht unabhängig von der Wirtschaft und Sozialpolitik, neben diesen stehen kann, sieht man, wenn man ihre soziale, ökonomische und politische Bedeutung näher betrachtet:

-ökonomisch stellen Bildung und Ausbildung die entscheidende Produktivkraft im Sinne infrastruktureller Voraussetzungen für technologisch hochwertige Produktion und die Beherrschung gesellschaftlicher Prozesse dar.

-sozial gesehen hat die Bildungspolitik die entscheidende Funktion der Herstellung von Chancengleichheit, der durch die CDU/FDP-Bildungspolitik kein Ende gesetzt werden darf. Die Lebens- und Entwicklungschancen werden maßgeblich durch Bildung und Qualifikation bestimmt, deshalb kommt der Bildungspolitik ein sozialstaatlicher Auftrag zu.

-politisch trägt die Sicherung reformorientierter Bildung zur Stabilisierung demokratischer Verhältnisse bei, denn sie sichert eine entscheidende Möglichkeit rationaler Orientierung in einer komplexen, durch Unsicherheit und Manipulation gekennzeichneten Umwelt.

Die Einsicht in die Bedeutung der Bildungspolitik - zusammen mit einem seinerzeit immer noch vorhandenen reformerischen Enthusiasmus - führten dazu, daß weite Teile

von SPD und Gewerkschaften und lange Zeit sogar die FDP, die Bildungsreformen noch weit über 1970 hinaus offensiv vertraten. Das Ideal der Chancengleichheit, verbunden mit der Vorstellung einer streßfreien Schule und einer demokratischen Hochschule wirkten darüberhinaus mobilisierend.

Wenn sich aber heute bei den linken Parteien kein Widerstand gegen die CDU/FDP-Bildungsreformen regt, so ist das keineswegs ein jetzt plötzlich auftretendes Phänomen. Die Bildungsreform hatte sich, schon lange bevor Kohl Bundeskanzler und Wallmann in Hessen Ministerpräsident wurde, totgelaufen. Anti-sozialdemokratisch Gesinnte aus dem marxistischen und dem grün-alternativen Lager hatten es mit einer Erklärung dessen nicht schwer. Solange sich die Wirtschaft im Aufwind befände und qualifizierte Arbeitskräfte in Mengen gesucht würden, habe die Bildungsreform Erfolg gehabt. Mit steigender Arbeitslosigkeit aber verhielten sich die SPD-Regierungen ebenso wie die Rechten letztendlich "arbeitsmarktkonform". Ganz so einfach darf man es sich aber mit einer Kritik der SPD-Bildungspolitik nicht machen. Die wahren Gründe des Scheiterns liegen meines Erachtens tiefer, ihre Analyse beinhaltet Chancen, es beim nächsten Mal besser zu machen.

Vor allem wurden die Reformen, und gerade das Beispiel der Gesamtschulen macht dies deutlich, zu halbherzig betrieben. Schon 1970 wurden in NRW neben den Gesamtschulen auch Gymnasien und Realschulen festgeschrieben, "wenn ein Bedürfnis danach besteht". Dieser Kompromiss widersprach dem Grundsatz des Zieles Chancengleichheit und war somit verheerend. Zur Chancengleichheit gehört auch der Abbau der Privilegien, und diese genießen Gymnasiasten unabhängig vom tatsächlichen Niveau der gymnasialen gegenüber der Gesamtschulbildung. Zusammen mit der viel zu großen Bürokratisierung des Umsetzungsprozesses führte dies zu einer tragischen Bremsung des Reformwillens großer Teile der engagierten Pädagog/inn/en, Schüler/inn/en und Eltern. Der breite Reformwille war da, durch Kompromisse mit den CDU-regierten Bundesländern wurde das Potential, das in der Bevölkerung hinter den Reformen stand, verspielt.

Hinzu kommt, daß auch viele Linke kein solidarisches Gefühl zur Gesamtschule entwickelt haben. Alarmieren in diesem Zusammenhang ist auch die Sympathie, die Privatschulen wie die Walldorfschule bei Linken und Sozialdemokraten genießen. Hier wird ein elitäres Schulsystem, daß schon bei seiner Einführung vor ca. 100 Jahren von den Theorien der Reformpädagogik überholt war, mit Erwartungen überfrachtet, und wirklich breiten Verbesserungen der Schullandschaft Unterstützung entzogen.

Diesen Fehler, die die Sozialdemokraten machten, stand eine perfekte konservative Meinungsmache gegenüber. Über Unterschriftenaktionen, Klagen, Infostände gelang es Eltern, denen es um nichts als Privilegienvermehrung ging, den Eindruck einer Massenbewegung zu erwecken. Die linken Kräfte zogen demgegenüber nicht an einem Strang. Schüler, Schülerinnen und Studierende waren kaum in den Diskussionsprozess um die Bildungsreform einbezogen. Eine wirkliche Identifikation mit Gesamtschulen und Gesamthochschulen war praktisch nie gegeben. Lediglich Teile der GEW entwickelten eine wirkliche Solidarität mit der Politik der hessischen SPD Landesregierung.

Aus den Defiziten der sozialdemokratischen Bildungspolitik leiten sich die nächsten erforderlichen Schritte der reformwilligen gesellschaftlichen Kräfte ab. Bildungspolitische Utopien müssen entwickelt und bekannt gemacht werden. Diese Utopien müssen über die Äußerlichkeit Gesamtschulen und Gesamthochschulen hinausgehen, diese aber beinhalten. Die Koordination zwischen Gewerkschaften, Schüler/inne/n, Studierenden und SPD und Grünen muß kontinuierlich und gegen-



seitig befruchtend werden. Daß das Problembewußtsein gerade bei Schüler/inne/n und Studierenden da ist, hat die Demonstration am 28.11.87 in Bonn gezeigt. Die SPD und ihre Landtagsfraktion ist es, bei der wieder reformerischer Kampfgeist geweckt werden muß. Bei den Grünen muß das Feld Bildungspolitik ein Politikfeld von vorrangiger Wichtigkeit werden. Dann kann sich nach den nächsten Landtagswahlen zeigen, daß die konservative Bildungspolitik in Hessen nur eine Episode war.